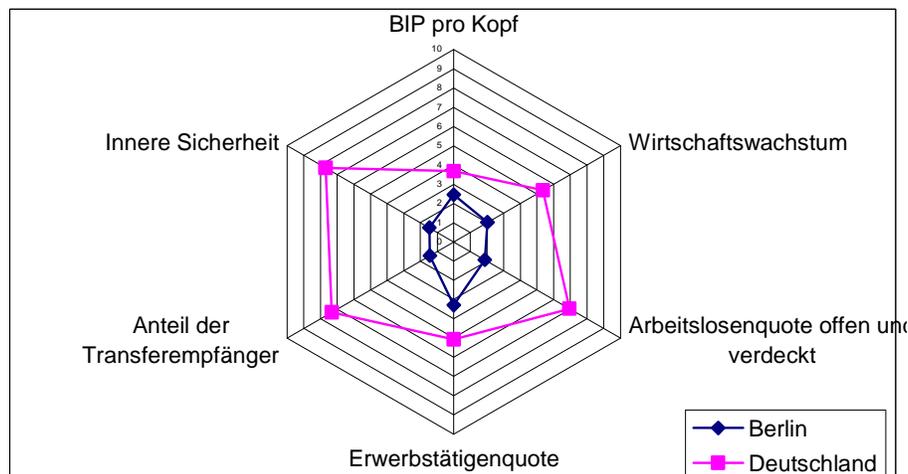


Berlin

Kurzportrait

Größe	892 km ²	Landesregierung	1989-1991: SPD/AL 1991-2001: CDU/SPD 1991-2001: CDU/SPD 2001-2006: SPD/PDS 2006-2011: SPD/ Die Linke
--------------	---------------------	------------------------	--

	1998	2001	2004	2006
Einwohner in Mio.	3,426	3,382	3,388	3,395
Einwohnerdichte je km ²	3 841	3 791	3 798	3 806
Registrierte Arbeitslosigkeit in %	17,9	17,9	19,9	20,1
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in %	20,9	20,7	21,6	21,2
BIP-pro-Kopf in €	23 300	22 400	23 100	23 600
Wirtschaftswachstum in %	-0,3	-0,1	-0,7	1,5



Ausgangssituation

[Hohe Verschuldung verlangt nachhaltige Haushaltspolitik]

„Subventionen sind wie Drogen - man muss ständig die Dosis erhöhen!“

Dem subventionsverwöhnten Berlin fällt es schwer, sich auf die Situation ohne neue bundesstaatliche Unterstützung einzustellen. Die beiden Beispiele Bremen und Saarland, die bereits wieder um Entschuldungshilfen bitten, zeigen, dass der Berliner Gewöhnungseffekt kein Einzelfall ist. Der folgende Länderbericht wird jedoch nicht noch einmal die finanzielle Situation Berlins im Detail beleuchten und auch kein neues Sparkonzept vorstellen. Dies ist vor und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausführlich getan worden. Auf einen Punkt sei

jedoch hingewiesen. Verschuldung belastet die schwächste Gruppe im politischen Stimmenmaximierungsprozess, die nächste Generation. Diese kann sich nicht wehren, da sie noch nicht geboren ist. Daher gilt: Solange die Existenz eines Staates nicht gefährdet ist, sind durch Schulden finanzierte, konsumtive Ausgaben – mögen sie auch noch so fair innerhalb der gegenwärtigen Generation sein – unfair gegenüber der zukünftigen Generation. Für Berlin ergeben sich daraus folgende Konsequenzen: Das Land sollte den Vorschlag des Finanzsenators Sarrazin aufgreifen und schnellstmöglich, die Schulden abbauen. Erst wenn das Land seinen finanziellen Handlungsspielraum zurück gewonnen hat, können die verschiedenen Parteien wieder ruhigen Gewissens über eine Verwendung der Einnahmen streiten. Bis dahin bleibt dies eine Diskussion, deren Kosten die zukünftigen Generationen tragen.

Einkommen

[Strukturwandel senkt Wirtschaftswachstum]

Wer heute nach Berlin schaut, glaubt kaum, dass die Spreemetropole vor gut 100 Jahren die größte deutsche Industriestadt war. In Berlin ist die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die AEG, zum Weltkonzern geworden. Auch die Geschichte großer Unternehmen wie Siemens, Borsig, Loewe und Schering begannen in der Hauptstadt. Heute ist davon nur noch wenig zu sehen. Im Zuge des kalten Krieges haben fast alle großen Unternehmen mit ihren Zentralen und Abteilungen für Forschung und Entwicklung die Hauptstadt verlassen. Nur Schering ist geblieben. Auch die Banken und die Presse sind nach Westdeutschland gezogen. Der Zielgrößenbereich „Einkommen“ zeigt die Probleme sehr deutlich: Im aktuellen Beobachtungszeitraum liegt Berlin im roten Bereich. Mit 23.300 Euro hat es nicht nur das mit weitem Abstand niedrigste BIP pro Kopf aller Stadtstaaten, sondern erreicht noch nicht einmal das eigene Niveau von 1999. Während die Berliner Wirtschaft schrumpfte, ist das gesamtdeutsche BIP um mehr als 16 Prozent angewachsen. Das Wirtschaftswachstum war im aktuellen Beobachtungszeitraum mit 0,3 Prozent das schwächste aller Bundesländer. Das gesamtdeutsche Wachstum war im selben Zeitraum mehr als fünfmal so hoch. Saarland als bestes Bundesland wuchs gar achtmal schneller. Berlin fällt damit sogar hinter strukturschwache Flächenländer wie Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen zurück. Verglichen mit Hamburg erwirtschaften die

Hauptstädter pro Kopf noch nicht einmal halb so viel. Doch statt die Lücke zu den anderen Stadtstaaten zu schließen, fällt die Hauptstadt weiter zurück.

[Letzter im Bereich „Einkommen“ durch rückläufige Aktivitäten]

Die gegenwärtige Wachstumsschwäche Berlins ist keine Ausnahme, innerhalb der letzten 15 Jahre hielt Berlin gleich siebenmal die rote Laterne. Während ein Teil der Probleme auf die besondere Stellung Berlins während des kalten Krieges zurückgeführt werden kann, sind viele Fehler erst in jüngster Vergangenheit begangen worden. Dies bestätigt ein Blick auf die Aktivitäten der Landesregierung im Bereich „Einkommen“. Hier wird deutlich, dass ein Kurswechsel notwendig ist. So liegt das Land zwar insgesamt im gelben Bereich, die Aktivitäten zur Steigerung des Wirtschaftswachstums sind jedoch die niedrigsten aller Bundesländer (nur 3,46 Punkte). Betrachtet man die Entwicklung des Aktivitätsniveaus „Wirtschaftswachstum“ über die vergangenen Beobachtungszeiträume, erkennt man, dass die Aktivitäten des Landes kontinuierlich zurückgegangen sind. Erreichte das Land in den Jahren 1991-1995 noch 5,49 Punkte, so waren es in den folgenden zwei Perioden (1996-1998 und 1999-2001) nur noch 4,26 bzw. 4,02 Punkte. Im vergangenen Beobachtungszeitraum (2001-2003) sank dieser Wert dann nochmals auf 3,70 Punkte.

[Sinkende Investitionsquote trotz weniger Insolvenzen]

Im Herzen Berlins mit Potsdamer Platz und Linden-Boulevard ist vom industriellen Niedergang der Hauptstadt nichts zu sehen. Ein Blick hinter die Fassade zeigt jedoch sehr schnell, dass es sich bei dem prachtvollen Zentrum eher um ein Potemkinsches Dorf handelt. Denn in anderen Teilen Berlins wie beispielsweise Oberschöneweide, sind die Zeichen des Verfalls unübersehbar. Dort erstreckt sich entlang der Spree Europas größte Industriebrache. Und noch immer füllen Meldungen von Betriebsschließungen regelmäßig die Zeitungen der Hauptstadt. Von Neuansiedlungen hört man selten. So stoppte Samsung vor zwei Jahren die Bildröhrenproduktion in seinem Berliner Werk. Anfang 2006 hat JVC seinen Produktionsstandort in Berlin geschlossen. Die Berliner Fiat-Tochter CNH folgte Ende vergangenen Jahres. Entsprechend niedrig schneidet das Land beim Wirkungsfaktor „Investitionsquote der Industrie“ ab. Die Hauptstadt verschlechtert sich im Vergleich zur Vorperiode nochmals und erreicht lediglich 2,68 Punkte. Immerhin verbessert sich das Land beim Wirkungsfaktor

„Insolvenzhäufigkeit“ leicht auf 4,97 Punkte. Es liegt damit jedoch noch weit hinter dem Durchschnitt von 7,06 Punkten. Wegen der negativen Wirkung steht hier ein hoher Punktwert für eine niedrige Quote.

[Flughafenprojekt als hoffnungsvoller Wirtschaftsmotor]

Große Hoffnung setzt das Land in den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI), ehemals Flughafen Schönefeld. Als drittgrößter Flughafen Deutschlands nach Frankfurt und München soll er mit einer Kapazität von 22 Millionen Passagieren Ende 2011 in Betrieb gehen. Er wird dann auch über einen ICE- und einen Autobahnanschluss verfügen. Die beiden Westberliner Flughäfen Tegel und Tempelhof werden im Gegenzug geschlossen. Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg schätzt, dass der Flughafen bis 2012 etwa 40.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Die ökonometrischen Untersuchungen bestätigen die positive Wirkung von Flughäfen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Bereits gegenwärtig erreicht Berlin beim Wirkungsfaktor „Luftverkehr“ überdurchschnittliche 4,76 Punkte. Im bundesdeutschen Vergleich liegt es damit hinter Hessen und Hamburg auf Platz drei. Schließlich gilt Berlin schon heute als der wichtigste Standort für „Low-Cost-Flüge“ in Kontinentaleuropa. Vom neuen Flughafen BBI soll neben der besseren Anbindung der regionalen Industrie insbesondere der Handel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas profitieren. Eine Verbesserung ist hier dringend notwendig, denn bisher ist die Einbeziehung der Berliner Unternehmen in den Welthandel gering. Beim Wirkungsfaktor „Welthandelsanteil“ verschlechtert sich die Spreemetropole bereits zum vierten Mal in Folge auf 1,64 Punkte. Andere ostdeutsche Bundesländer wie Sachsen oder Thüringen schneiden hier besser ab.

[Nachholbedarf bei Verkehrsinfrastruktur]

Nachholbedarf hat das Land – im Gegensatz zum Luftverkehr – bei der Verkehrsinfrastruktur. Hier verschlechtert sich das Land zum vierten Mal in Folge und erreicht nur noch unterdurchschnittliche 2,15 Punkte. Hamburg als bester Stadtstaat erreicht einen mehr als doppelt so hohen Wert. So kann der Fremdenverkehr vom neuen Flughafen profitieren. In diesem Bereich besteht durchaus weiteres Verbesserungspotential, denn gegenwärtig erreicht die Bundeshauptstadt beim Wirkungsfaktor „Fremdenverkehrsquote“ nur leicht unterdurchschnittliche 2,42 Punkte. Vor diesem Hintergrund gilt sowohl für Verkehrsinfrastruktur als auch für Flughäfen: Sie sind lediglich eine notwendige,

keine hinreichende Bedingung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen können sie nicht ersetzen.

[Verbesserte unternehmerische Innovationstätigkeit]

Erfreulich stimmt die hohe Selbstständigenquote. Mit 10,00 Punkten verbessert sich die Spreemetropole im aktuellen Beobachtungszeitraum deutlich und liegt erstmals an der Spitze der deutschen Bundesländer. Dies gibt Hoffnung für die Zukunft, denn unternehmerisches Handeln ist für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes entscheidend. Selbstständige fragen Produktionsfaktoren nach, kombinieren diese und führen sie zu einer möglichst effizienten Verwendung. Darüber hinaus entdecken sie neue, bisher unbekannte Ressourcen und Märkte. Die Innovationsfähigkeit eines Landes ist daher eng mit unternehmerischem Engagement verbunden. Entsprechend verbessert sich Berlin auch beim Wirkungsfaktor „Patentanmeldungen“. Mit 3,69 Punkten liegt die Hauptstadt noch immer deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 5,18 Punkten. Betrachtet man lediglich die Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich, zeigt sich ein freundlicheres Bild, denn auch hier verbessert sich das Land auf 5,64 Punkte. Im Bundesländervergleich erreicht es damit nach Bayern und Baden-Württemberg den dritten Rang. Dies zeigt, dass in Berlin durchaus innovative Unternehmen beheimatet sind. Insbesondere das neue Technologiezentrum in Adlershof ist hier zu nennen. Dort findet man einen Forschungsverbund, bestehend aus über 500 innovativen Unternehmen, der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität sowie 12 außeruniversitäre Forschungsinstituten. Darüber hinaus soll dort bis zum Jahr 2009 ein neues Forschungszentrum für Photovoltaik entstehen.

[Erhöhte Ausgaben in Forschung und Entwicklung...]

Zukünftig wird das Land Spitzenforschung stärker unterstützen. So soll in zukunftssträchtigen Forschungsbereichen die bislang schwierige Vorlaufphase anfinanziert werden, ehe Projekte selbst Drittmittel anwerben können. Darüber hinaus sollen die über alle Hochschulen und zahlreiche Forschungsinstitute verteilten Kompetenzen zu einem „einrichtungsübergreifenden Wissenscluster“ zusammengefasst werden. Ziel ist es, Wissenschaft und Forschung am Standort Berlin weltweit zu positionieren.

[...verhindern nachhaltigen Schuldenabbau]

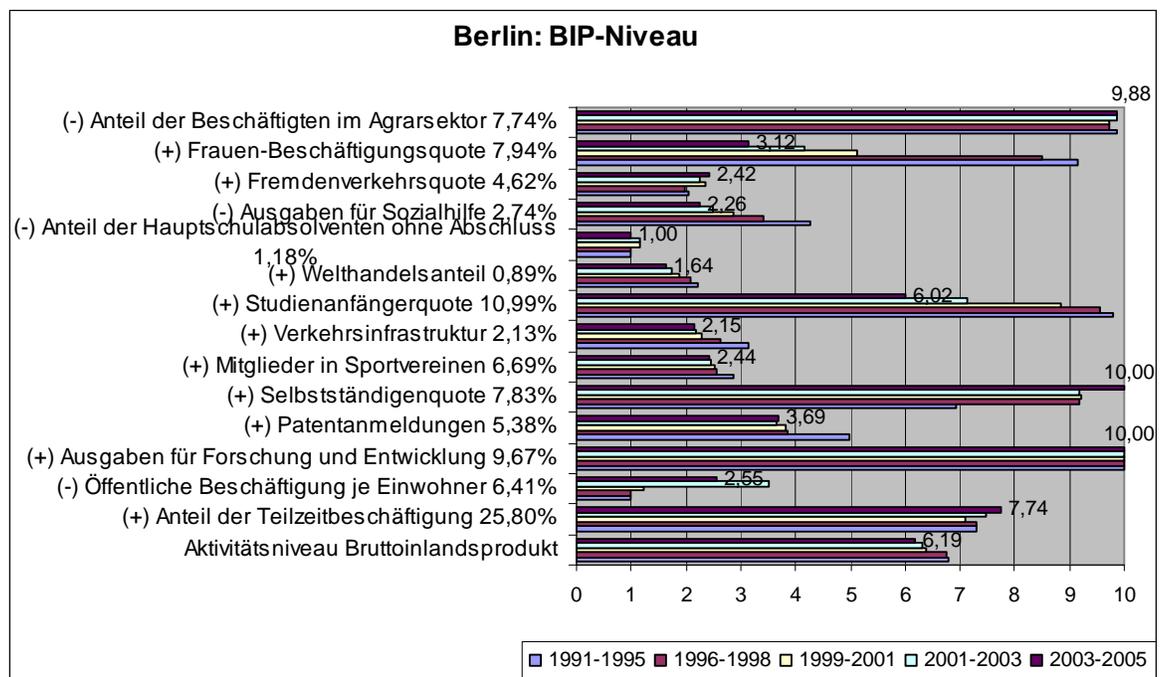
Gegenwärtig gibt die Bundeshauptstadt mehr Geld für Forschung und Entwicklung je Einwohner aus als alle anderen Länder (10 Punkte). Dies ist zwar einerseits förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung, andererseits sollte es nicht durch Schulden finanziert werden, denn die ökonometrischen Berechnungen weisen auch auf die negative Wirkung von Schulden hin. Beim Wirkungsfaktor „Schuldenstand je Einwohner“ verschlechtert sich Berlin abermals und erreicht gerade einmal 1,85 Punkte. Lediglich Bremen ist pro Einwohner noch höher verschuldet. Die damit einhergehenden Zinszahlungen belaufen sich auf knapp 7 Millionen Euro pro Tag. Ein dementsprechend schlechtes Ergebnis erzielt das Land beim Wirkungsfaktor „Zinsausgaben je Einwohner“ (1,98 Punkte). Der Spielraum der Landesregierung für neue Investitionen ist daher gering. Vergleicht man die Zinszahlungen je Einwohner mit den Investitionsausgaben, so zeigt sich das Ungleichgewicht deutlich: Während das Land jährlich für Zinsen 665 je Einwohner Euro aufwenden muss, kann es für investive Zwecke nur noch 520 Euro bereitstellen. Weitere Einsparungen sind deshalb dringend notwendig, insbesondere weil sich die Bundeshauptstadt wie die anderen ostdeutschen Bundesländer ab 2009 auf einen sukzessiven Abbau der Solidarpaktmittel einstellen muss. Gegenwärtig erhält die Bundeshauptstadt noch gut zwei Milliarden Euro pro Jahr. In sieben Jahren wird es nur noch die Hälfte sein. Im Jahr 2020 wird diese Unterstützung komplett entfallen. Vor diesem Hintergrund sollte überprüft werden, ob bestimmte Privatisierungsformen wie beispielsweise für das Landesvermögen oder für öffentliche Träger zu einer nachhaltigeren Finanzpolitik beitragen könnten.

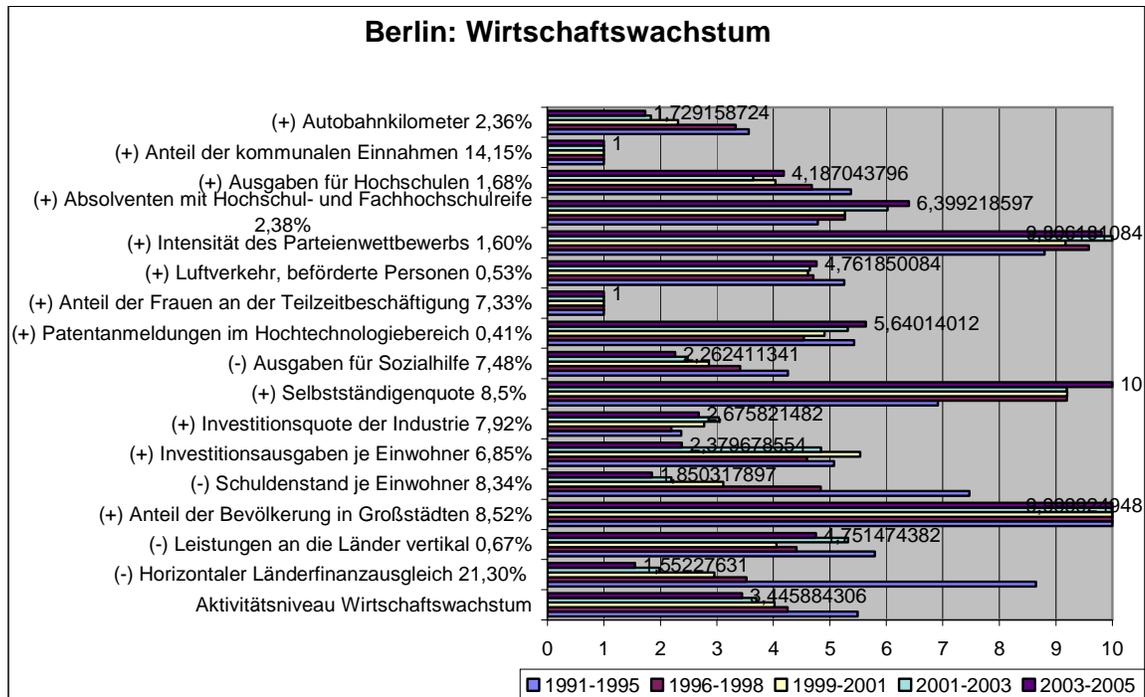
[Einsparungspotentiale durch Zusammenarbeit der Länder...]

Ein richtiger Schritt, um weitere Einsparungen zu erreichen, ist die zunehmende Kooperation mit Brandenburg. Hier nutzt das Land bereits einige Einsparpotenziale. Beide Länder haben zahlreiche Gerichte komplett zusammengelegt. So arbeitet ein gemeinsames Oberverwaltungsgericht bereits seit Juli 2005 in Berlin. Zuletzt hat am Anfang des Jahres das gemeinsame Landesarbeitsgericht seinen Dienst aufgenommen. Bleibt zu hoffen, dass dadurch nicht nur Kosten eingespart werden, sondern auch die „Verfahrensdauer der Arbeitsgerichtsbarkeit“ – von unterdurchschnittlichen 3,87 Punkten – verkürzt wird.

[...sowie durch Privatisierung und Modernisierung]

Positiv ist die Privatisierung der Instandhaltung und die Modernisierung der Berliner Ampelanlagen zu beurteilen. Dadurch kann das Land Berlin Personal- und Energiekosten sparen. Insbesondere bei der öffentlichen Beschäftigung sind beispielsweise noch deutlichere Einsparungen möglich. So erreicht die Bundeshauptstadt bei diesem Wirkungsfaktor lediglich 2,55 Punkte. Auch Finanzsenator Sarrazin geht von einem Einsparpotential von 30 bis 40 der Beschäftigten aus. Dies kann zum einen durch den Abbau von Doppelzuständigkeiten und zum anderen durch die Reduzierung von Hierarchieebenen realisiert werden. Gegenwärtig werden beim Personal durch Pensionierungen jährlich 300 Stellen abgebaut. Neueinstellungen erfolgen nur noch bei Polizei, Feuerwehr, an Schulen, in der Justiz und bei den Finanzämtern. Bis Ende 2009 gilt darüber hinaus ein Tarifvertrag mit dem öffentlichen Dienst: Durch Verkürzung der Arbeitszeit und der Kürzung der Gehälter sollen weitere Mittel eingespart werden.





Beschäftigung

[Hintere Ränge bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit]

Die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in der Bundeshauptstadt hinterlässt ihre Spuren auch auf dem Arbeitsmarkt. Beim Zielgrößenbereich „Erwerbstätigkeit“ liegt Berlin zusammen mit den neuen Bundesländern in roten Bereich. Mit durchschnittlich 64,60 Erwerbstätigen je 100 Einwohner liegt die Spreemetropole im ostdeutschen Vergleich noch hinter Sachsen. Zum Vergleich: Die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegen mit weitem Abstand vor allen anderen westdeutschen Flächenländern (durchschnittlich 87,60 bzw. 86,40 Erwerbstätige je 100 Einwohner). Entsprechend hoch ist die Arbeitslosenquote in der Hauptstadt. Mit 21,8 Prozent landet Berlin auf dem drittletzten Platz. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern (23,3 Prozent) und Sachsen-Anhalt (22,4 Prozent) weisen eine noch größere Unterbeschäftigung auf. Somit ist in der Bundeshauptstadt jeder Fünfte auf Transferleistungen oder ALG I angewiesen. Auch die politischen Aktivitäten der Landesregierung sind auf diesem Gebiet unzureichend, denn im Aktivitätsbereich „Beschäftigung“ liegt Berlin deutlich im roten Bereich. Auch hier haben die Bemühungen des Landes über alle Beobachtungszeiträume hinweg kontinuierlich abgenommen. Betrachtet man die

beiden Aktivitätsniveaus „Erwerbstätigkeit“ und „Arbeitslosigkeit“, findet man Berlin auf dem drittletzten bzw. letzten Platz im Bundesländervergleich.

[Strukturwandel als Ursache für hohe Arbeitslosigkeit]

„Arbeitstadt ohne Arbeit“, so könnte man die Situation in der Bundeshauptstadt beschreiben. 400.000 Industriearbeitsplätze gab es zur Zeit der Wende in Berlin. Ein Viertel davon ist in den ehemals volkseigenen Betrieben des Ostens verloren gegangen. Der Großteil, 200.000 Arbeitsplätze, verschwand aufgrund entfallener Subventionen und hoher Arbeitskosten hingegen im Westen. Der Wandel Berlins wird noch deutlicher, wenn man an den Anfang des vergangenen Jahrhunderts zurückblickt. Damals beschäftigte allein die AEG 35.000 Arbeitnehmer. Neben den oben erwähnten Betriebsschließungen haben zahlreiche Unternehmen in der Bundeshauptstadt Stellen abgebaut. Reemtsma, Bosch-Siemens-Hausgeräte, Otis oder der Autozulieferer Visteon um einige zu nennen. Der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor ist mittlerweile der niedrigste aller Bundesländer (1,00 Punkte). Positiv entwickelte sich hingegen der Dienstleistungssektor. Hier liegt die Bundeshauptstadt an der Spitze (10 Punkte). Die im tertiären Sektor neu entstandenen Stellen reichen jedoch nicht aus, um den Stellenverlust der Industriearbeitsplätze auszugleichen. So ging deren Zahl allein zwischen 1994 und 2004 um rund 163.000 Arbeitsplätze zurück, während im Dienstleistungsbereich im gleichen Zeitraum nur 76.000 neue Stellen geschaffen wurden. Insbesondere die Frauen sind vom Arbeitsplatzmangel betroffen. Beim Wirkungsfaktor „Frauen-Beschäftigungsquote“ verschlechtert sich Berlin bereits zum vierten Mal in Folge und erreicht nun nur noch unterdurchschnittliche 3,12 Punkte.

[Schlechte Ausbildungsbedingungen erschweren Berufseinstieg]

Auch der Berufseinstieg gestaltet sich in keinem anderen Bundesland so schwierig. Auf 100 Ausbildungswillige kommen gerade einmal 84,3 Ausbildungsplätze. Beim Wirkungsfaktor „Ausbildungsstellenrelation“ erreicht die Spreemetropole mit 1,00 Punkten den niedrigsten Wert. Mit Ausnahme Brandenburgs kann in allen anderen Bundesländern mindestens 92 der Ausbildungssuchenden eine entsprechende Stelle angeboten werden. Vor diesem Hintergrund besteht für das Land Berlin dringender Handlungsbedarf. Eine Möglichkeit besteht darin, die Schulbildung zu verbessern, denn besser gebildete Schüler können in ihrem Ausbildungsunternehmen schneller an eine sinnvolle Tätigkeit herangeführt

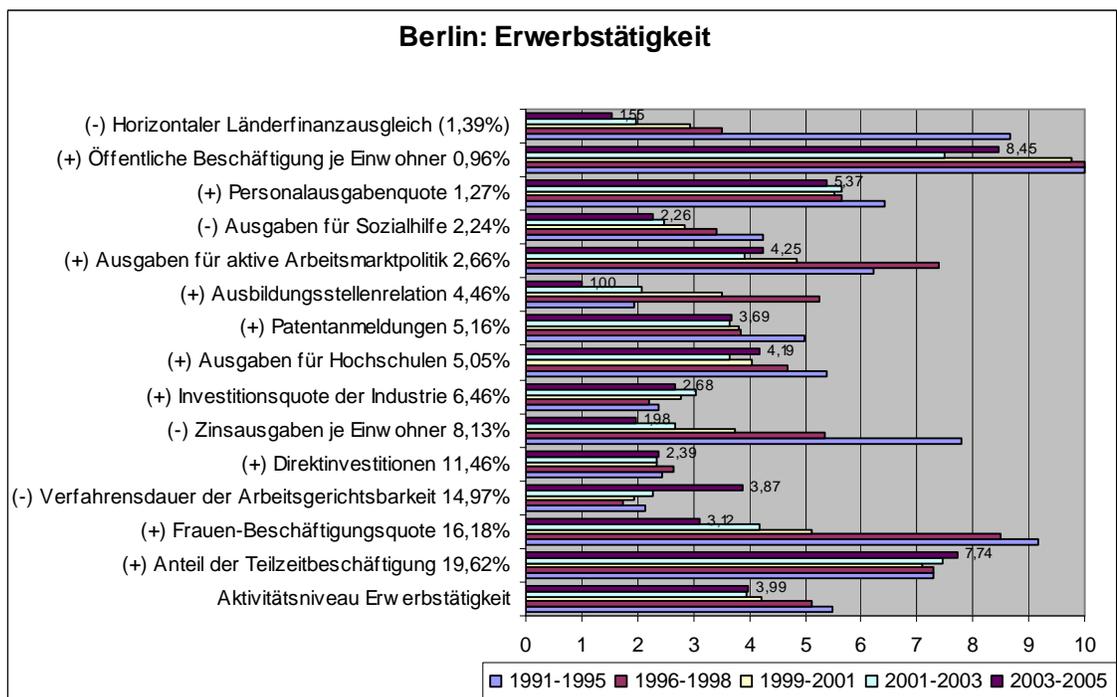
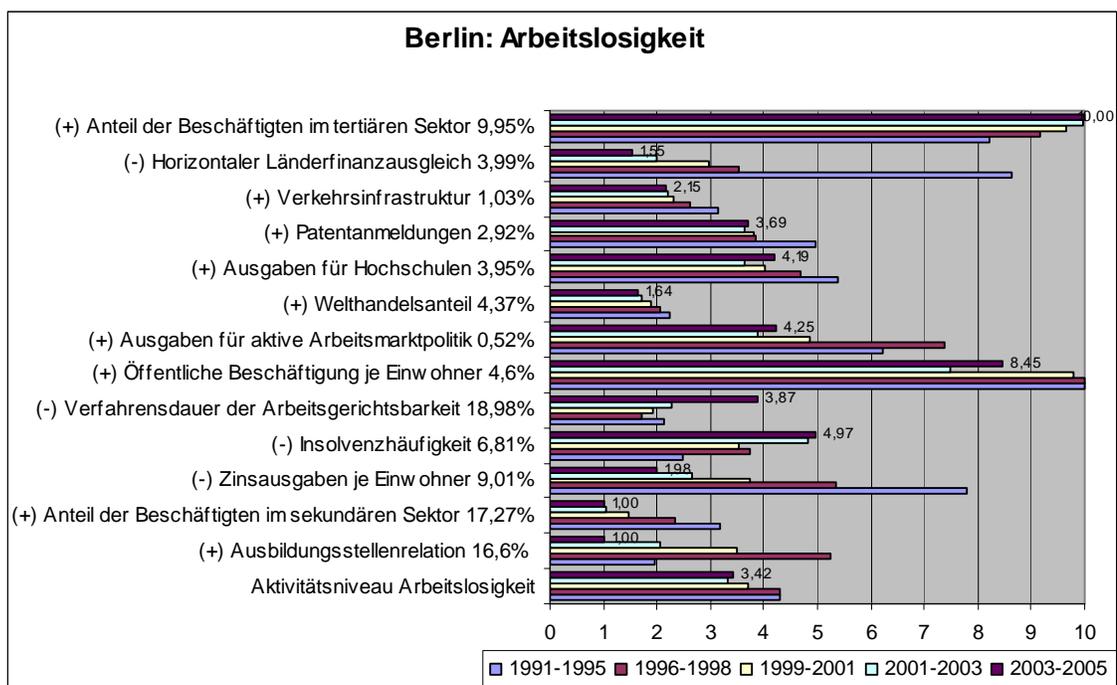
werden. Fehlen ihnen jedoch grundlegende Fähigkeiten in Deutsch oder Mathematik, lohnt sich eine Ausbildung aus Unternehmersicht häufig nicht.

[Sinkende Studienanfängerquote setzt Handlungsbedarf]

Erfreulich ist der überdurchschnittlich hohe Anteil an Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife. Hier verbessert sich das Land kontinuierlich und erreicht nun 6,40 Punkte. Ob sich die Landeskinder für ein Studium in Berlin entscheiden, hängt maßgeblich von der Qualität der dort angebotenen Ausbildung ab. Betrachtet man die Studienanfängerquote so zeigt sich, dass Berlin zunehmend an Attraktivität verliert. Die Hauptstadt verschlechtert sich bei diesem Wirkungsfaktor bereits zum dritten Mal in Folge. Mit 6,02 Punkten liegt sie deutlich hinter den anderen beiden Stadtstaaten. Zukünftig möchte Berlin seine Studienkapazität ausbauen. Damit die neuen Studenten eine gute Ausbildung erhalten, soll parallel dazu ein "Berlin Institute of Professional Teaching in Higher Education" eingerichtet werden. Dort können Hochschullehrer ihre Lehrkompetenz verbessern. Zusätzlich sollen spezielle Junior- und Seniorprofessoren die Betreuung der Studierenden verstärken.

[Investitionen in Bildung und Forschung weiterhin unterdurchschnittlich]

Zur Finanzierung wird ein Teil der 185 Millionen teuren Ausbildungs- und Forschungsoffensive herangezogen. Diese Mittel sollte das Land jedoch an anderer Stelle wieder einsparen. Da zusätzliche Steuereinnahmen durch den Länderfinanzausgleich wieder abgeschöpft werden, lässt sich der Haushalt nicht durch Investitionen sanieren. Dass diese Ausgaben an den Berliner Universitäten notwendig sind, zeigt ihre gegenwärtig unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. Beim Wirkungsfaktor „Ausgaben für Hochschulen“ verbessert sich das Land zwar leicht auf 4,19 Punkte, es liegt damit jedoch noch immer deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7,91 Punkten. Um die finanzielle Situation der Hochschulen langfristig zu verbessern, sollte das Land Langzeitstudiengebühren einführen. Diese könnte dazu beitragen, dass Studenten das Bildungsangebot der Universitäten effizienter nutzen. Darüber hinaus sollte das Land überprüfen, ob und wieweit die allgemeine Einführung von Studiengebühren zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Forschung beitragen könnten. Dass mehr finanzielle Mittel allein nicht ausreichen, zeigt die Exzellenzinitiative. So erhielten die Berliner Hochschulen mehr Geld als die Münchner Universitäten, letztere haben dennoch die Exzellenzinitiative gewonnen.



Sicherheit

[Letzter Rang beim Aktivitätsniveau „Transferempfänger“]

Im Zielgrößenbereich „Sicherheit“ liegt Berlin wie auch in den anderen beiden Zielgrößenbereichen in der Schlussgruppe. Die Spreemetropole befindet sich damit als einziges Bundesland in allen drei Zielgrößenbereichen im roten Bereich. Bei der Zielgröße Transferempfänger liegt Berlin gar auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Dieses schlechte Ergebnis kommt nicht zufällig zustande, denn in keinem anderen Bundesland fallen die Bemühungen der Landesregierung im Bereich des Aktivitätsniveaus „Transferempfänger“ als auch im Bereich „Innere Sicherheit“ vergleichbar gering aus. Insbesondere Hamburg zeigt deutlich, dass dies keine Probleme der Stadtstaaten sind. Die Hansestadt erreicht beim Aktivitätsniveau „Innere Sicherheit“ nach Bayern und Baden-Württemberg den drittbesten Wert. Entsprechend positiv entwickelten sich an der Elbe die nicht aufgeklärten Straftaten. Im Vergleich zur vorherigen Beobachtungsperiode sanken diese um knapp 10 Prozent. In Berlin hingegen lediglich um 4,5 Prozent.

[Schlechte Noten für die Schulausbildung]

Eine zentrale Möglichkeit, die Sicherheitslage der Bundeshauptstadt positiv zu beeinflussen, besteht darin, die Schulbildung junger Menschen zu verbessern. Denn je höher die Qualität der schulischen Ausbildung desto besser sind die Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven junger Menschen. Berlin weist hier deutliches Verbesserungspotential auf. So ist der Anteil der Hauptschulabsolventen ohne Abschluss der höchste aller Bundesländer (nur 1,00 Punkte). Doch auch ein Hauptschulabschluss allein garantiert noch keinen Ausbildungsplatz. So fanden beispielsweise nur drei von 60 Abgängern der Rütli-Hauptschule im vergangenen Jahr einen Ausbildungsplatz. Immerhin hat das Land die Probleme an der Schule in Angriff genommen. So arbeiten seit Mai vergangenen Jahres drei Sozialarbeiter, die Arabisch und Türkisch sprechen, an der Schule. Studenten engagieren sich mit Nachhilfeunterricht und die Bürgerstiftung Neukölln schickt Mentoren, um den Schülern beim Berufseinstieg zu helfen. Um das Image der Schule in der Öffentlichkeit zu verbessern, gründeten drei Soziologiestudenten gemeinsam mit Rütli-Schülern das Mode-Label „Rütli-Wear“.

[Zunehmende Jugendgewalt...]

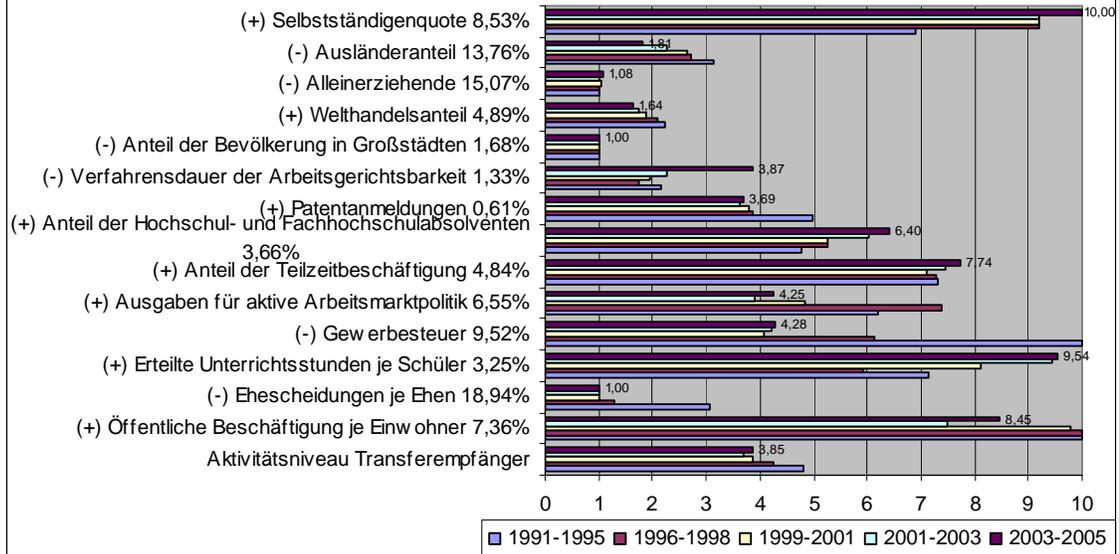
An anderen Schulen nehmen die Gewaltprobleme weiter zu. Auch der Gebrauch von Waffen bei Jugendgewaltdelikten hat zugenommen. Rund 80 Prozent aller Gewaltdelikte in Berlin werden von Jugendlichen aus Einwandererfamilien

verübt. Um diese Gewalt einzudämmen, wollen Gerichte stärker auf die Familien der Täter zugehen. Darüber hinaus zeigt die ökonomische Analyse, dass schnelle Urteile eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Straftäter entfalten. Beim Wirkungsfaktor „Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit“ verschlechtert sich Berlin auf 2,73 Punkte. Vor diesem Hintergrund ist dringender Handlungsbedarf geboten.

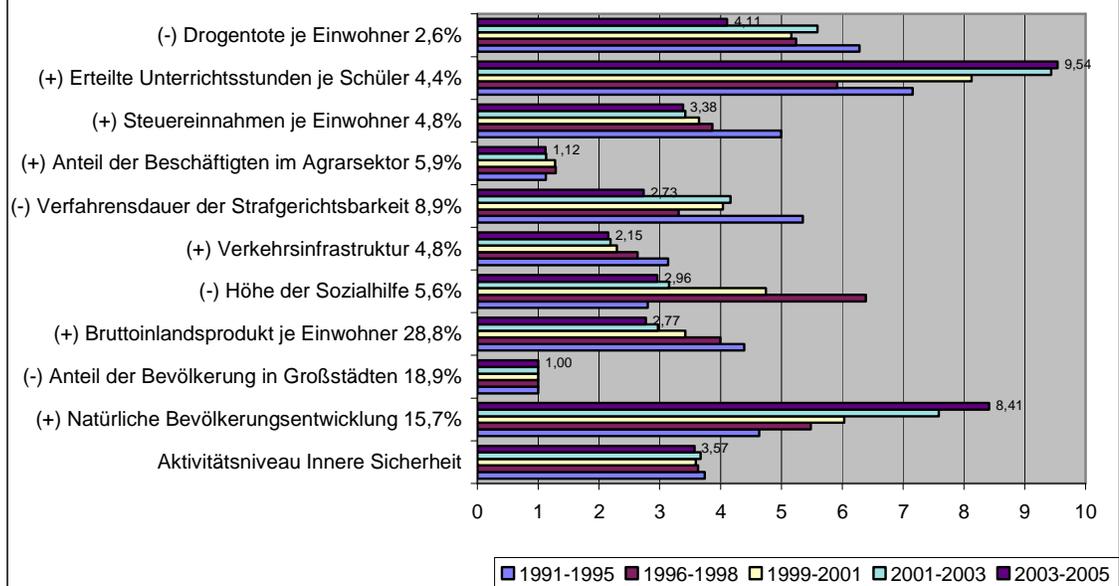
[...durch verbesserte Bildungs- und Betreuungsangebote vorbeugen]

Schwierigkeiten haben Jugendliche insbesondere, wenn grundlegende Fähigkeiten wie beispielsweise Deutschkenntnisse fehlen. Um Defizite in diesem Bereich frühzeitig entgegenzuwirken, hat das Land seit 2004 einen Deutschttest für alle 4-jährigen Kinder eingeführt. Schwächen können somit frühzeitig erkannt und angegangen werden. Ebenfalls positiv wirkt die intensive Betreuung der Berliner Schüler. So ist die Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler im aktuellen Beobachtungszeitraum die höchste aller Bundesländer. Neben den Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven beeinflussen auch die sozialen Strukturen die Sicherheit eines Landes. Insbesondere die zahlreichen Ehescheidungen (1,00 Punkte für eine hohe Anzahl) und der große Anteil an Alleinerziehenden (1,08 Punkte) stellt das Land vor eine Herausforderung. Hier sollte die Landesregierung Betreuungsangebote schaffen, um die oftmals fehlenden familiären Strukturen zumindest teilweise aufzufangen. Erfreulicherweise bekommen die Berliner relativ viele Kinder. Beim Wirkungsfaktor „Natürliche Bevölkerungsentwicklung“ erreicht die Bundeshauptstadt 8,41 Punkte. Dies ist der drittbeste Wert aller Bundesländer. Insbesondere Berlin-Prenzlauer Berg ist bei jungen Eltern sehr beliebt.

Berlin: Transferempfänger



Berlin: Innere Sicherheit



Einschätzung

[Schlechte Wirtschafts- und Beschäftigungssituation verhindert
Haushaltskonsolidierung]

Die Zeiten als „Bankenhochburg“ und größte deutsche Industriestadt sind in Berlin seit 1945 Geschichte geworden. Die Länderanalyse dokumentiert, dass die

Bundeshauptstadt auch jenseits der katastrophalen Haushaltslage große Schwierigkeiten hat. Wie die anderen ostdeutschen Bundesländer leidet Berlin unter einem erheblichen Mangel an Arbeitsplätzen. Auch die Wahl zur Hauptstadt sowie der Umzug der Bundesregierung haben dies nicht ändern können. Statt auf Hilfe von außen zu hoffen, muss sich die Spreemetropole nun auf eigene Stärken besinnen. Zu nennen sind hier u.a. der bereits hohe Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor sowie die große Bereitschaft Bevölkerung zu unternehmerischem Engagement. Auch die zunehmende Innovationsfähigkeit der Berliner Unternehmen stimmt positiv. Insbesondere der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof ist ein gelungenes Beispiel für funktionierende Vernetzung von Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung.

[Sicherheitspolitische Herausforderungen]

Ein zunehmendes Problem stellt die angespannte Sicherheitslage dar. Sie ist zum einen auf die schlechte wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Zum anderen ist die schulische und berufliche Ausbildung unzureichend. So ist der Anteil der Hauptschulabsolventen ohne Abschluss der höchste aller Bundesländer. Gleiches gilt für fehlende Ausbildungsplätze. Die Zukunftsaussichten und Teilhabechancen vieler junger Menschen sind daher eingeschränkt.

[Oberste Priorität liegt beim Schuldenabbau]

Bei allen zukünftigen Handlungen der Landesregierung gilt es, die finanziellen Folgen zu berücksichtigen. Hierbei muss bedacht werden, dass Rückflüsse aus Investitionen durch den Länderfinanzausgleich eingeplant werden. Der Weg in eine bessere Zukunft kann im gegenwärtigen System daher nur durch Einsparungen über eine strikte Haushaltspolitik erreicht werden.

